

zusammen mit einer **Arbeitsaufsichtskommunisten** für Zusammenkünften. 11. August: Hier wird von Seiten der Jelle und RCD-Gruppe verlangt, auch Gewerkschafts- und parteiliche Kollegen zu vereinigen, ebenfalls die Versammlung zu fordern. Bei erneuter Ablehnung durch den Betriebsrat wird am Sonnabend, den 6. August, mit der Sammlung von Unterstrichen begonnen, um auf diese Weise den Betriebsrat zur Einberufung der Versammlung zu zwingen. Die Jelle- und RCD-Mitglieder wollen dort durch einen Antrag erreichen, daß ein Vertreter der RCD im Präsidium sitzen soll, damit der gusseum Besuch ein vorbereitender Kampftausch gewährt werden. Die Ortsgruppe verpflichtet sich, für Dienstag eine Streikbesetzung und ein Flugblatt an die Frauen der Arbeiter herauszubringen.

Des weiteren sollen in der Mittagspause Diskussionen abgehalten werden, wonach Betrieb geführt werden, da sich während der Mittagspause ein großer Teil des Belegschafts auf der Straße aufhält. Schon werden von Tag zu Tag zahlreiche Parolen auf die Straßen und Plätze gemacht werden, die die Belegschaft auf dembroden Boden ausüben möchten, die die Stimme im Betrieb und wort mindestens aller zwei Tage ausweiten. Die Jelle wird beständig Bericht erhalten über die Versammlung im Betrieb und wird mindestens aller zwei Tage eine weitere Verbreitung der Wohnungsnachrichten anstreben. Die Jelle verpflichtet sich, alles zu tun, um den Betrieb kreisfrei zu machen und unseren Freunden zu helfen. Zur Abschaltung am Sonntag in Hohenberg ist ein Gesetz der Jelle und einer Gruppe der RCD-Gruppe befürwortet worden. Es wird verlangt, nach einem Gewerkschaftlichen Rollenauftreten die Finanzierung wird durch Sammlung im Betrieb gedeckt werden.

An der Sitzung nehmen teil: Betriebsrat, RCD-Gruppe, Stadtverordneten und Ortsgruppenleitung des Potters. In allen Tätigkeiten müssen die Vorbereitungsaufgaben mit größter Energie bearbeitet werden, um die Belegschaften zum Kampf zu mobilisieren.

Nazibomben gegen eine Arbeiterstraße

20 Häuser in Braunschweig durch Nazibombenanschlag schwer beschädigt. Neue Morde der Faschistenbanden. Schließfester die Reihen der Antifaschistischen Massenschuhstaffeln

Braunschweig, 7. August. (Eig. Drahtbericht.) Gestern früh 3.45 Uhr wurden die Anwohner der Langen Straße und ihrer weiteren Umgebung, die vornehmlich von Arbeitern bewohnt wird, durch eine laufbare Detonation aus dem Schlafe geweckt. Eine nach Braunschweig importierte Nazi-Terrorbande verübte ein Bombenattentat auf diese Arbeiterstraße, durch dessen laufbare Zerstörungswirkung glücklicherweise Menschen nicht ums Leben gekommen sind. Die Hitlerterroristen waren vor dem Hause Langenstraße 27, einem von Arbeitern bewohnten Mehrfamilienhaus, eine Bombe, die eine 2-3 Kilometer lange Stahlwand hatte und mit Insassenmunition, Nageln usw. gefüllt war. Wie als 20 Häuser im Umkreis wurden beschädigt. Die Zahl der verletzten Personen ist bisher nicht bekannt.

Das Überfallkommando traut sich eine halbe Stunde nach der Explosion ein. Zur Zeit des Bombenabwurfs rastete ein Motorradfahrer, dessen Nummer von den Arbeitern logisch festgestellt wurde, die Langestraße. Er wurde als SA-Mann erkannt und kurz später von der Polizei verhaftet. Er hatte einen Bag aus Magdeburg und eine Widerstellung an das SA-Heim in Braunschweig bei sich. Später wurde von der Polizei die Durchsuchung dieses SA-Heims vorgenommen und dabei drei Pistolen sowie 120 Schuß Munition beschlagnahmt. Ebenfalls wurden vier Nationalsozialisten in der Nähe des Tatortes verhaftet. Es ist jedoch noch nicht bekannt, ob diese Verhaftungen im Zusammenhang stehen mit dem Attentat.

In der Arbeiterdorflerche herrsche ungewöhnliche Erregung über das Attentat auf Arbeiterstraßen. Die Betriebsarbeiter, die auf dem Wege zur Arbeit die Sonderzettel papierten, äußerten: „Jetzt aber endlich Schluß damit! Jetzt mag gegen den Faschismus gezielt werden!“ Sie lehnen in dem Attentat einen neuen Einschüchterungsversuch der Nazibanden gegen die Arbeiter ab.

Die Polizei des Naziministers hat lange Zeit die Parteizugehörigkeit der Verletzten verschwiegen, da sie die Erregung der Bevölkerung über dieses neuerliche Terrorattentat der Hitlerbanden fürchtet, die bis weit in die Kreise der Nationalsozialisten hinein und eine starke Enthüllung beim Bürgertum heraufrufen hat.

Ein Reichsbannerführer ermordet

Berlin, 8. August 1932. (Eig. Drahtbericht.) In Löwen in Ostpreußen hat am Sonnabend ein SA-Mobilstabkommando den Reichsbannerführer Kogon erschossen, als er vor dem Büro des Vorsitzenden des VdA stand.

In Ostpreußen wurde jetzt auch politisch das Auto ermittelt, aus dem die Täter vor einigen Tagen den Mordeinsatz auf den Reichsbannermann Kogon ausgeführt haben. Das Auto gehört einem Lüttitzer SA-Führer.

Bombenanschlag auf ein Zentrumssblatt

Auf die Hauptgeschäftsstelle eines Zentrumssblattes in Rostock wurde ein Bombenanschlag verübt. Die bis jetzt noch nicht ermittelten Nazitaten waren eine Handgranate, durch deren Explosion die große Fensterfläche gesprengt wurde.

Mit Brandbomben und Handgranaten

In der Nacht vom Freitag auf den Sonnabend haben die Nazibanden zahllose Anschläge verübt. In Rostock haben sie eine Brandbombe gegen das Reichsbannerheim

Radeburger Nazis im Bunde mit der Polizei gegen Erwerbslose

Bon SA-Banditen ermittelt

Ein Erwerbsloser wegen klaffenbewußter Gesinnung von den Nazis unter starker Polizeiabschluß ermittelt. Proteststurm der Radeburger Arbeiter

Zu Radeburg wurde am 5. August ein Erwerbsloser mit Hilfe der Polizei und der SA-Banditen der SA aus seiner Wohnung ermittelt. Es kam zu heftigen Zusammenstößen. Die Möbel wurden von den Arbeitern auf den Markt geholt. Die sich annehmende Menschenmenge, die ihre Empörung unbedingt zum Ausdruck brachte, wurde von der Polizei von drei als Dreschen bezeichneten Arbeitern fallweise der Polizei mit dem Schlagstock ausgeschlagen.

Schon am Sonnabend war der Erwerbslose verhaftet worden und erfuhr noch Verhandlungen mit dem Bürgermeister wider entlassen worden. Er wohnte bei einem Nazi in Untermauer. Ein Gangen erfuhr der Geschäftspolizei mit drei Mann,

Antifaschisten, schützt eure Partei!

Verbot der RPD soll faschistischen Hungerkurs ermöglichen

Zentrum regierungsbereit. Hitlers Unterhändler formulieren die Bedingungen für Beendigung am „Präsidialkabinett“

Berlin, 8. August. (Eig. Drahtbericht.)

Wie „Der Montag“ — ein Blatt Hugenbergs — meldet, werden in den nächsten Tagen offene Verhandlungen über die Umbildung des Reichskabinetts geführt. Die Papenregierung und das Zentrum seien bereit. Nazis in die Regierung aufzunehmen. Auch Hitler drängt auf Regierungsbeteiligung, wie die in dieser Woche geführten Verhandlungen gezeigt haben.

Wie aus der Hugenbergs-Presse leuchtend hervorgeht, haben die Unterhändler Hitlers bei der ersten Zugangnahme zu versiehen gegeben, daß die RDPV an der

Aufrechterhaltung familiärer Notverordnungen Brünings und Papens

sowie mit der Ratifizierung des Paulsener Tributpaßtes einver-

standen sein würde. — Sie will auch bei einer noch viel größeren Befreiung des weitägigen Volkes mitwirken, wenn

dafür Verbot der RPD

ausgesprochen wird. Die von Hitler irregulären Wahlergebnissen bald willigen, daß die Nationalsozialisten alle ihre Wahlversprechen vergessen haben und im Interesse des Großplaus das Verbot der Kommunistischen Partei und die Verhängung einer „Befreiung“ der Arbeiterschicht fordern. Weil die Kommunisten die einzigen sind, die in ihrer Opposition gegen die faschistischen Hungerkurs und die reaktionären Pläne der Bourgeoisie und ihres Hitler sündigen, deshalb bestehen die Antifaschisten auf das Verbot der RPD.

Um die Tatsache der sich anbahnenden Zentrumskoalition zu verschleiern und die mit großem Wahlausgang verbündeten angeklagten Kandidaten auch weiterhin bei der Stange zu halten, soll die künftige Regierung für die Hitler als Arbeitsminister und Erster als Innensenator genannt werden und ein Zentrumskabinett als Außenminister vorgesehen sein soll nicht als Koalitionsregierung, sondern als Präsidialkabinett bezeichnet werden.

Es geht aber dabei nicht nur um die wörtliche Bezeichnung der Reichsregierung, sondern um die noch stärkere Konzentration der Exekutivewalt des Staates gegen die Arbeiterschaft. Am 11. August, dem Verfassungstag, sind bereits grundlegende Befreiungen der Reichsregierung über die Verfassungserklärung angedacht. Zumindesten auch weiterhin bei der Stange zu halten, soll die künftige Regierung für die Hitler als Arbeitsminister und Erster als Innensenator genannt werden und ein Zentrumskabinett als Außenminister vorgesehen sein soll nicht als Koalitionsregierung, sondern als Präsidialkabinett bezeichnet werden.

So geht es darum, die wörtliche Bezeichnung der Reichsregierung durch die „Vormärz“ vom 7. August:

„Die sozialdemokratischen Arbeiter sind politisch genug geworden, um den Gegengang zu lehren. Der zwischen der gegenwärtigen Regierung und der nationalsozialistischen Partei besteht.“

Damit hat auch das Zentralorgan der SPD begonnen, die Papenregierung als das „kleineste Werk“ zu propagieren. Der Kurs der SPD-Führer steht auf offene Unterstützung bei Papenregierung, während sie schon bisher die Papenregierung unterschuft haben, da sie jeden ersten Kontakt gegen die sozialdemokratische Koalition zu verhindern suchen. Der Vormärz-Erinnerung ist ein neuer Beweis für die SPD-Arbeiter, gegen die verhängnisvolle Politik der SPD-Führer zu kämpfen und die rote Einheitsfront herzustellen.

Die SPD-Führer dabei

Von der Begehung über die Umbildung der Reichsregierung berichtet der „Vormärz“ vom 7. August:

„Die sozialdemokratischen Arbeiter sind politisch genug geworden, um den Gegengang zu lehren. Der zwischen der gegenwärtigen Regierung und der nationalsozialistischen Partei besteht.“

Damit hat auch das Zentralorgan der SPD begonnen, die Papenregierung als das „kleineste Werk“ zu propagieren. Der Kurs der SPD-Führer steht auf offene Unterstützung bei Papenregierung, während sie schon bisher die Papenregierung unterschuft haben, da sie jeden ersten Kontakt gegen die sozialdemokratische Koalition zu verhindern suchen. Der Vormärz-Erinnerung ist ein neuer Beweis für die SPD-Arbeiter, gegen die verhängnisvolle Politik der SPD-Führer zu kämpfen und die rote Einheitsfront herzustellen.

Waffen der Nazis gefunden

In Boizenburg, Kreis Verden, wurde kurzlich in dem SA-Heim eine Durchsuchung vorgenommen und dabei große Mengen Waffen und Munition gefunden. In einem Schatzkoffer versteckt, fand die Polizei ein schwere Maschinengewehr mit Schläuche, ein Gewehr, 23 Schießpatronen, 3 Maschinengewehrgurte zu je 100 Schuß gespult, 1 Maschinengewehrgekörte zu je 50 Schuß gespult, 4 Maschinengewehrgurte zu je 100 Schuß. Ein Motorrad ohne Nummer, in dem sich große Mengen Munition befanden. Außerdem wurden Pistolen und andere Waffen beschlagnahmt. In einem Wohnhof der SA in Sossnitz wurde eine Menge Pistolen und Revolver mit Munition gefunden.

Ein Arbeiter totgeschlagen

Am Freitag hatten die Nazis in Stuttgart Generalalarm für die SA angezettelt. Mit 150 Mann überfielen sie eine Arbeitersiedlung. Die Siedler des Selbsthauses wurden in Bewegung gebracht und die Arbeitnehmer erhielten einen Angriff ab. Später wurden unabhängig davon ein Arbeitnehmer von SA-Leuten totgeschlagen.

GU-Terroristen gefaßt

In Schleswig-Holstein und am Sonnabend liegen SA-Vierte verhaftet worden, die sich an den Bombenattentaten der letzten Zeit beteiligt hatten. Jetzt endlich muß die Polizei damit herausfinden, daß es SA-Vierte sind, die die Bombenattentate verübt haben.

Die Tätigkeit der SA entspricht absolut den Ausschreibungen, die ihre Rüter bereits für SA und SS gegeben haben, und die von der kommunistischen Partei bereits erfüllt werden konnten. Die Wirk- und Terroraktionen haben den Zweck, den Bevölkerungszustand und das Verbot der RPD herbeizuführen.

Ein Arbeitnehmer totgeschlagen

Am Freitag hatten die Nazis in Stuttgart Generalalarm für die SA angezettelt. Mit 150 Mann überfielen sie eine Arbeitersiedlung. Die Siedler des Selbsthauses wurden in Bewegung gebracht und die Arbeitnehmer erhielten einen Angriff ab. Später wurden unabhängig davon ein Arbeitnehmer von SA-Leuten totgeschlagen.

Zur Salzsteuer die Margarinesteuer und Zoll für Heringe

Hungermaßnahmen der Regierung

Verstärkte Antifaschistische Aktion gegen Böll- und Steuerwucher der Bourgeoisie

Die mit Hitler verbündete Papen-Schleicher-Diktatur ist im Begriff, neue Schläge gegen die Arbeiterschaft zu führen. Besonders wird die Einführung einer Margarinesteuer sein, die die kleinen Betriebe und Kleinkräfte schädigen wird. Auf dem Sektor der Fleisch- und Fleischwaren festzuhalten. Auf dem Sektor der Fleischmark ist die Preise für Schweine, Rinder 1, 2-1,5 Zentner, von Ende Juni bis Anfang August von 38,5 auf 45 Pfennig pro Pfund gestiegen!

Die mit Hitler verbündete Papen-Schleicher-Diktatur hat die Gewerbeabgaben auf null gelegt, die Renten gestoppt, die Wöhne durch Beleidigungsteuer abgebaut, Salzhäuser eingeführt und durch Zoll erhöhung Schmalz und Speck verteuert. Jetzt sollen noch durch neue Steuern und Zollmaßnahmen die Preise für wichtige Lebensmittel gestoppt werden. Jeder Fischhändler wird die Lage der Arbeiters in den Betrieben und vor Gewerbeleben, immer unerträglicher machen, Hunger, immer durchbar das Ende.

So kann und darf es nicht weitergehen! Genug des Hungers, genug der Unterdrückungsmaßnahmen und des Hitlerreichs! In Antifaschistischer Aktion gilt ganz besonders der Kampf gegen die Verhinderung der proletarischen Lebenshaltung und es gilt für alle Arbeiter, kommunistisch, sozialdemokratisch, parteilos, gewerkschaftlich organisiert, von den Betrieben und Gewerkschaften aus auto entschleunite vorzugehen!

Unterstützungsabbau von SPD-Bürgermeister distiert

In Mannheim sollen die Unterstützungsabfälle der Jahre geplündert werden um 2-7 Pfund gefüllt und außerdem die Sonderabfälle erheblich eingeschränkt werden. Dieser neue, unerhörte Unterstützungsabbau wurde von dem sozialdemokratischen Oberbürgermeister Helmrich initiiert. Der Wohlhabensabbau hatte den Mann abgelehnt. Weil Helmrich merklich bestreute, daß auch der Stadtrat seinen Wohlhabensabbau ablehnen würde, berief er sich gar nicht den Stadtrat ein, sondern „verbreitete“ den Mann abseits an.

Ein neuer Beweis dafür, daß die SPD-Führer die wichtigsten Instrumente des kapitalistischen Staates sind.

SLUB
Wir führen Wissen.